

**Protokoll der Pressekonferenz  
der Deutschen Bundesbank  
am 11. April 2002  
- nach Bandaufnahme -**

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank

Der Zentralbankrat hat heute den Jahresabschluss der Bundesbank für das Jahr 2001 mit einem Jahresüberschuss von 11,2 Mrd € festgestellt.

Dieser Betrag wird in voller Höhe an den Bund abgeführt. Die Gutschrift auf dem Konto des Bundes erfolgte bereits heute.

Nach den Haushaltsregelungen werden davon

- 3,5 Mrd € zur Finanzierung des Bundeshaushalts und
- der Rest zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Der Gewinn ist im Vergleich zum Vorjahr (8,4 Mrd Euro) deutlich um 2,9 Mrd € gestiegen. Maßgeblich für diesen deutlich erhöhten Jahresüberschuss sind insbesondere

- der weitere Abbau unserer US-Dollar-Position um netto 7,4 Mrd US-Dollar, wodurch 3,4 Mrd € Gewinn realisiert wurde, sowie
- die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,3 Mrd €.

Der Gewinn von 11,2 Mrd € ist der zweithöchste in der Geschichte der Deutschen Bundesbank. Der höchste Gewinn für das Geschäftsjahr 1997 betrug 12,4 Mrd €.

Die Nettoerträge der Bundesbank von insgesamt 13,2 Mrd € beruhen im Wesentlichen auf vier Faktoren:

1. Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn sind die Zinserträge von 8,8 Mrd €, die gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd € abgenommen haben.

Auf der anderen Seite entstehen der Bundesbank Zinsaufwendungen, die in Höhe von 2,2 Mrd € nahezu unverändert geblieben sind. Insgesamt ergibt sich ein Nettozinsertrag von 6,6 Mrd €.

2. Ein weiterer erheblicher Ertragsfaktor sind die realisierten Gewinne aus den Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapierverkäufen im Betrag von 3,7 Mrd €; die darauf entfallenden Erträge von 3,4 Mrd € aus US-Dollar Anlagen resultieren zum einen aus Kursgewinnen von 2,6 Mrd € infolge der Reduzierung der US-Dollar-Bestände und zum anderen aus Kursgewinnen von 0,8 Mrd € infolge von vor Fälligkeit verkauften US-Dollar-Wertpapieren.
1. Aus der Auflösung von Rückstellungen ergibt sich ein Ertrag von 2,3 Mrd €. Davon entfallen 2,0 Mrd € auf die vollständige Auflösung der Rückstellung für einen etwaigen Forderungsverzicht gegenüber der EZB aus den Anfang 1999 übertragenen Währungsreserven und eine etwas geringere Wagnisrückstellung auf Grund des Rückganges der Devisenbestände um 300 Mio €.
4. Die Gewinnausschüttung der EZB für das Jahr 2000 führt zu einem Ertrag von 0,5 Mrd €. Der Anteil der Bundesbank an EZB-Gewinn für 2001 in Höhe von 0,4 Mrd € ist im März 2002 vereinnahmt worden, so dass dieser Betrag erst in die GuV-Rechnung für 2002 einfließen kann.

Hinsichtlich der Bewertung möchte ich darauf verweisen, dass jene Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, seit 1999 zu Marktpreisen bewertet werden. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in der Bilanz in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen. Die Bewertungsgewinne stehen nicht zur Ausschüttung, sondern nur zum Ausgleich von künftigen Bewertungsverlusten zur Verfügung. Daneben ist eine Auflösung nur bei Abgängen der entsprechenden Aktiva möglich.

Aus meinen bisherigen Erläuterungen wird deutlich, welchen großen Gewinnbeitrag unsere Währungsreserven leisten. Lassen Sie mich deshalb zu diesem Thema noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen:

- (1) Seit einigen Wochen werden von den verschiedensten Seiten wieder Vorschläge gemacht, dass man die Währungsreserven verkaufen und die Erlöse sinnvoll verwenden solle. Dahinter steht zum einen die Vorstellung, die Währungsreserven seien – jedenfalls in bisheriger Höhe – nicht erforderlich. Zum anderen resultiert die Diskussion aus der Suche nach Einnahmequellen für verschiedene sicherlich gut gemeinte Zwecke.
- (2) Ich möchte auf Art. 105 (2) EG-Vertrag hinweisen, der der Bundesbank die Aufgabe zuweist, die offiziellen deutschen Währungsreserven im Rahmen der Unabhängigkeit der Notenbank zu halten und zu verwalten. Für Eingriffe in diese Zuständigkeit besteht kein Raum.
- (3) Ich will aber mit diesem Hinweis der Frage nach einer ökonomischen Betrachtung der Währungsreserven nicht ausweichen. Dazu ist zunächst einmal festzuhalten, dass auch das Eurosystem zur Festigung des Vertrauens in die junge Währung Euro und zur Unterstreichung der Glaubwürdigkeit des Eurosystem weiter Währungsreserven benötigt.
- (4) Vor diesem Hintergrund lassen verschiedene Vorschläge in der Öffentlichkeit falsche und weit überzogene Vorstellungen über die Abbaumöglichkeiten unserer Währungsreserven entstehen. Deshalb nur wenige Zahlen:

Unsere Goldreserven betragen 3.500 t und haben zum aktuellen Goldpreis einen Wert von 39 Mrd €. Sie können derzeit nicht verkauft werden, weil im Rahmen eines von der Bundesbank 1999 initiierten Abkommens der wichtigsten Zentralbanken bis zum Jahre 2004 nur einige wenige Zentralbanken, die dies vor 1999 angekündigt hatten, Gold verkaufen dürfen.

Das Abkommen wurde zum Schutze des Goldmarkts getroffen, der in den letzten Jahren einen Preisverfall erlebt hat. Das „Goldabkommen“ dient also auch der Werterhaltung *unseres* Goldbestands!

Unsere US-Dollar-Reserven beliefen sich Ende 2001 auf netto 41,8 Mrd US-\$, beim derzeitigen US-Dollar-Kurs ein Gegenwert von rd. 48 Mrd €. Wir haben sie schon im Jahr 2000 um 3,1 Mrd US-\$ reduziert und im vergangenen Jahr

um weitere 7,4 Mrd US-\$. Über die „richtige“ Höhe der Währungsreserven lässt sich trefflich streiten. Wir dürfen aber nicht aus den Augen verlieren, welche gewaltigen Beträge erforderlich sein könnten, müsste man wirklich wieder einmal an den Devisenmärkten durch Interventionen Ungleichgewichte korrigieren.

- (5) Ein Wort auch zu den Erträgen, die bei Verkauf von Währungsreserven anfallen und für die Gewinnausschüttung der Bundesbank zur Verfügung stehen. Auch hierüber wecken die Vorschläge falsche Vorstellungen!

Durch Verkäufe können Erträge nur in Höhe des anteiligen „Ausgleichspostens aus Neubewertung“ entstehen, d. h. in dem Umfang, in dem wir frühere „Stille Reserven“ (jetzt auf der Passivseite ausgewiesen) auflösen. Der übrige Teil des Erlöses entspricht dem Preis, den die Bundesbank seinerzeit bei Erwerb dieser Aktiva selbst bezahlt hat und führt somit lediglich zu einem Aktivtausch in der Bundesbankbilanz, jedoch zu keiner GuV-Buchung.

Wenn man akzeptiert, dass die Bundesbank und das Eurosystem weiterhin Währungsreserven benötigen und die Goldbestände derzeit nicht zur Disposition stehen, dann hält sich die Möglichkeit, durch weitere Verkäufe größere Erträge zu erwirtschaften, in Grenzen.

- (6) Ich will das Thema mit einem letzten Aspekt abrunden, der in der Öffentlichkeit leicht übersehen wird. Die Devisen der Bundesbank liegen nicht nutzlos herum, sondern werden von uns professionell und mit guten Erträgen gemanagt. Nicht zuletzt deswegen fließen dem Bund jedes Jahr hohe Bundesbankgewinne zu. Im diesjährigen Gewinn sind rund 3,1 Mrd € Nettozinserträge aus Währungsreserven enthalten.

Der Abbau von Reserven mag *kurzfristig* Erträge aus der Realisierung von „Stillen Reserven“ produzieren, *längerfristig* geht er aber zulasten der jährlich erwirtschafteten Zinserträge. Deshalb muss man sich die Frage stellen, ob man wirklich die Gans, die die goldenen Eier legt, schlachten sollte.

Der anhaltende Rationalisierungs- und Konzentrationsprozess im Kreditgewerbe hat auch in der Bundesbank zu einer weiteren Anpassung des Zweiganstaltennetzes geführt.

Die Zahl der Zweiganstalten hat sich im Jahr 2001 um 2 auf 127 reduziert. Im Zuge der Bargeldeinführung war nicht mehr möglich. Die Schließung weiterer Zweiganstalten ist vorgesehen.

Der Personalstand ist im Vergleich zum Vorjahr mit 16 283 Mitarbeitern nahezu konstant. Der geringfügige Anstieg um 372 Mitarbeiter ist insbesondere auf die Einstellung von befristet Beschäftigten für die Bewältigung der Euro-Bargeldeinführung zurückzuführen.

Der Personalaufwand hat sich im Jahr 2001 geringfügig um 36 Mio € (3,7 %) auf 1 017 Mio € erhöht.

Der Sachaufwand ist um 47 Mio € auf 346 Mio € gestiegen.

Der Zentralbankrat hat beschlossen, für den Jahresabschluss 2002 die Firma Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG als alleinigen Jahresabschlussprüfer zu bestellen.

Ernst & Young hat bereits in den Jahren 2000 und 2001 den Jahresabschluss zusammen mit der Firma KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüft.

Die KPMG wird – wie bereits bei der ersten Bestellung für den Abschluss 1996 vorgesehen – nach ihrer sechsjährigen Tätigkeit nicht wieder bestellt. Die Deutsche Bundesbank dankt der KPMG für die geleistete Arbeit. Es ist in Aussicht genommen, ab dem Geschäftsjahr 2003 wieder zwei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu bestellen.

Am 28. März 2002 ist das Siebente Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Das Gesetz wird damit am 30. April 2002 in Kraft treten.

Für die Bundesbank endet mit dem Inkrafttreten des Gesetzes eine lange Phase der Ungewissheit. Seit ihrer Errichtung im Jahr 1957 hat die Deutsche Bundesbank keine vergleichbar einschneidende Änderung ihrer Struktur erfahren.

Die vorgesehene Leitung der Bundesbank durch einen achtköpfigen Vorstand gestattet eine effizientere und zeitgemäße Führung und Organisation der Bank.

Der neue Vorstand löst den Zentralbankrat, das Direktorium und die Vorstände der Landeszentralbanken ab. Die Mitglieder des Vorstands werden je zur Hälfte von der Bundesregierung und vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt. Es kommt jetzt darauf an, die Mitglieder des Vorstandes zügig zu benennen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Zahl der Organmitglieder in den vergangenen 2 ½ Jahren bereits von 32 auf 25 reduziert haben.

Die Reform des Leitungsgremiums wird eine innere Reform der Bundesbank mit dem Ziel nach sich ziehen, die Aufgaben im nationalen und internationalen Umfeld effizienter erbringen zu können. Grundsatztätigkeiten werden in der Zentrale, die ausführenden Tätigkeiten von den neun Hauptverwaltungen wahrgenommen. Die Filialen werden auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Die deutsche Wirtschaft hat ein schwieriges Jahr hinter sich. In der Weltwirtschaft kam es aufgrund des Ölpreisanstiegs und des zyklischen Abschwungs in den USA zu einem empfindlichen konjunkturellen Rückschlag, der durch die Terroranschläge vom 11. September noch verstärkt wurde.

Die von den USA ausgehenden Kontraktionseffekte übertrugen sich dabei nicht nur über den Außenhandelskanal, sondern auch über die Finanzmärkte und eine Synchronisierung der Stimmungslage auf Europa und andere Regionen.

Die deutsche Wirtschaft war davon aufgrund ihrer traditionellen Anfälligkeit gegenüber negativen Störeinflüssen besonders betroffen. Dies zeigte sich deutlich bei den Ausrüstungsinvestitionen. Zusätzlich belastend wirkte die nochmalige Verschärfung der Anpassungskrise in der Bauwirtschaft.

Im Ergebnis ist das reale BIP in Deutschland 2001 mit 0,6 % deutlich langsamer als in der EWU insgesamt gewachsen (1,5 %).

Seit der Jahreswende haben sich aber die Anzeichen dafür verstärkt, dass die Weltwirtschaft die konjunkturelle Talsohle erreicht, vielleicht sogar schon durchschritten hat. Das gilt insbesondere für die USA.

Aber der beginnende Aufschwung ist keineswegs frei von Risiken und Schwachstellen. Die Ölpreisentwicklung hat dies allzu deutlich werden lassen.

Auch im Euro-Raum und in Deutschland dürften die konjunkturellen Bremseffekte im Verlauf des Winterhalbjahres 2001/2002 ausgelaufen sein. Die Indikatoren für das Industrievertrauen deuten auf eine Rückkehr der Zuversicht.

Zwar sind die Erwartungen besser als die Lage. Doch ist dies durchaus typisch für zyklische Übergangsphasen. Zudem haben sich inzwischen auch Auftragslage und Produktion in der Industrie sichtlich von ihren Tiefstständen erholt.

Angesichts ihrer guten Wettbewerbsposition sollte die deutsche Exportwirtschaft von einer Besserung der weltwirtschaftlichen Lage rasch neue Impulse erhalten. Dies wird im weiteren Jahresverlauf zusammen mit den niedrigen Zinsen auch der gewerblichen Investitionsbereitschaft zugute kommen. Vom privaten Konsum sind kurzfristig keine wesentlichen konjunkturanregenden Einflüsse zu erwarten und die Bauwirtschaft wird wohl noch eine Zeit lang brauchen, um die Talsohle zu verlassen.

Nimmt man das niedrige Produktionsniveau zu Jahresbeginn mit ins Bild, wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahresdurchschnitt eher bescheiden ausfallen. Der reale Verteilungsspielraum ist entsprechend eng bemessen.

Dem sollten auch die Tarifpartner bei ihren diesjährigen Tarifverhandlungen Rechnung tragen.

Das Preisklima, das sich im ersten Halbjahr 2001 aufgrund höherer Energiepreise, der kräftigen Verteuerungen von Nahrungsmitteln im Zusammenhang mit Tierseuchen und Witterungsbedingungen sowie von Erhöhungen von Steuern

vorübergehend eingetrübt hatte, hellte sich bereits im zweiten Halbjahr 2001 wieder auf.

Anfang des Jahres kam es zwar zu einem ausgeprägten Sprung im Preisniveau. Hierzu trugen hauptsächlich witterungsbedingte Probleme sowie erneute Erhöhungen von Steuern bei. Im März haben höhere Ölnotierungen auf die Verbraucherpreise durchgeschlagen.

Es gibt trotz der oft zitierten und manchmal auch in aggressiver Form vorgetragenen anekdotischen Evidenz und Wahrnehmung keine stichhaltigen Beweise dafür, dass von der Euro-Bargeldumstellung ein größerer Aufwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau ausgegangen wäre. Sonderuntersuchungen der Bundesbank (und des Statistischen Bundesamtes) lassen jedenfalls kein anderes Urteil zu. Obwohl wir alle den Eindruck haben, dass die Eurobargeldumstellung in vielen Fällen zu erheblichen Preiserhöhungen genutzt worden sei. Auf den Lebenshaltungskostenindex schlägt sich das in der Form, wie wir es wahrnehmen, bisher nicht nieder.

In der nächsten Zeit sollte sich die moderate Grundtendenz in der Preisentwicklung wieder durchsetzen. Dies gilt zumindest dann, wenn die Löhne und die Ölpreise keine neuen Probleme hervorrufen.

Aufgrund der sich aufhellenden Preisperspektiven hat der EZB-Rat die Zinsen von Mai bis November 2001 deutlich gesenkt. Das lange Zeit kräftige Geldmengenwachstum stand dem nicht im Wege, da es aufgrund von Portfolioeffekten überhöht ist.

Für diese Interpretation des Geldmengenwachstums spricht sowohl die mäßige Kreditexpansion als auch die jüngste Abschwächung der Geldmengenentwicklung nach dem Abflauen der Unsicherheiten auf den Finanzmärkten.

Mit einem M3-Wachstum von rd. 7 ½ % ist der monetäre Mantel für die Ausgabenfinanzierung aber zweifellos reichlich geschneidert und bedarf weiterer Beobachtung.



Auch sind die Finanzierungskonditionen weiterhin günstig. Am Geldmarkt liegen die Sätze in nominaler Rechnung bei 3 ½ % und in realer Rechnung bei 1 %. Das sind historisch sehr niedrige Werte.

Nimmt man den niedrigen Euro-Wechselkurs in Betrachtung, der die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärkt, sind die monetären Bedingungen für ein kräftiges Wirtschaftswachstum zweifellos gegeben.

Um der Konjunkturerholung Stärke und eine dauerhafte Basis zu geben, ist vor allem die Finanz- und Strukturpolitik gefordert. Mit der Steuerreform und der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung wurden hier zwar wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Auch die Liberalisierung der Gütermärkte ist vorangekommen. Aber es besteht weiterhin großer Handlungsbedarf.

Reformfähigkeit setzt auch solide öffentliche Finanzen voraus. Der Finanzplanungsrat hat mit seinen jüngsten Beschlüssen zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtung der Bundesregierung, bis 2004 einen annähernd ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt zu erreichen, wichtige Impulse gegeben. Damit sind auch die Bundesländer explizit in das europäische Regelwerk zur Disziplinierung der Finanzpolitik eingebunden.

Letztlich kommt es damit auf den Konsolidierungswillen der einzelnen Haushaltsebenen an. Die Möglichkeiten, in diesem Sinne Druck auszuüben (peer pressure), sind aber vor allem durch die Stärkung der Rolle des Finanzplanungsrates erheblich erweitert worden.

Zum Abschluss möchte ich auf Grund der Tatsache, dass der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank heute zum letzten Mal getagt hat, noch ein längeres Wort an Sie richten. Es war die 1075. Sitzung. Wenn man die 250 Sitzungen des ZBR der Bank deutscher Länder hinzurechnet, waren es sogar 1325 Sitzungen. Die Änderung des Bundesbankgesetzes bringt das Ende der Institution Zentralbankrat mit sich, die insgesamt 54 Jahre das Entscheidungsgremium der Zentralbank in der Bundesrepublik Deutschland war: zuerst der Bank deutscher Länder, dann der Deutschen Bundesbank. Der Zentralbankrat hat so Wirtschafts- und Währungsgeschichte geschrieben, national ebenso wie international.

Die Erfolgsgeschichte dieses Gremiums war bei seiner ersten Sitzung am 8. März 1948 keineswegs abzusehen. Diese Sitzung wurde von einem amerikanischen Offizier der Alliierten Bankkommission eröffnet. Die westalliierten Siegermächte, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, hatten die Weichen für die Entscheidungsstrukturen der Geld- und Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Mit der Zurückerlangung der politischen Souveränität wurden sie von deutscher Seite verfestigt und verfeinert.

Die wesentlichen Merkmale des durch die alliierte Gesetzgebung im März 1948 errichteten westdeutschen Zentralbanksystems waren:

- (1) der zweistufige und dezentrale Aufbau
- (2) die Weisungsungebundenheit von deutschen Regierungsstellen
- (3) die Aufgabenzuweisung, „die Währung sowie das Geld- und Kreditsystem zu festigen“.

Diese Konstruktion hat dazu geführt, dass die Geldpolitik des Zentralbankrates überaus erfolgreich war. Die Deutsche Mark hat sich seit 1948 zu einer der stabilsten Währungen der Welt entwickelt. Und dies gelang mit einem Gremium, in dem ganz unterschiedliche Köpfe mit höchst verschiedenem Hintergrund die Entscheidungen trafen. Die Liste der insgesamt 90 Mitglieder des Zentralbankrates liest sich wie ein "Who is who" für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die guten Ergebnisse, die dieses sicherlich oftmals sehr heterogene Gremium hervorgebracht hat, haben mehrere Gründe. Einmal herrschte Konsens darüber, wie die Aufgabe zu interpretieren sei: Preisniveaustabilität muss das oberste Ziel sein – vor Wechselkursstabilität und Konjunkturstabilisierung.

Die Unabhängigkeit von politischen Stellen sicherte den Mut auch zu politisch nicht immer opportunen Entscheidungen, die aber notwendig waren, um die Währung zu sichern. Konflikte mit fast allen Bundesregierungen von Adenauer über Schmidt bis zu Kohl mussten so durchgestanden werden.

Abgesichert gegen politische Attacken wurde die Unabhängigkeit durch das im Zentralbankrat geltende Kollegialprinzip. Dadurch, dass sich die ZBR-Mitglieder stets als Teil eines gemeinsamen Gremiums mit einer gemeinsamen Verantwortung für die Stabilität der D-Mark empfanden, kam es nicht zur Bildung von (parteipolitischen) Koalitionen und damit zur Verfolgung von Partikularinteressen.

Wesentlich für die gute Arbeit des Zentralbankrates waren darüber hinaus zwei institutionelle Faktoren: Einmal war der Bundesbankpräsident bei der Entscheidungsfindung *primus inter pares*. Zum anderen waren bei den Sitzungen, jedenfalls in den letzten Jahrzehnten, nur die ZBR-Mitglieder und ein Protokollant anwesend. Damit wurde eine offene Diskussion ermöglicht. Kontroversen konnten ausgetragen werden, blieben aber hinter verschlossenen Türen. In der Öffentlichkeit sprach der Zentralbankrat mit einer Stimme.

Der Zentralbankrat hat in 54 Jahren insgesamt 109 mal Änderungen der Leitzinsen vorgenommen. Deshalb war die 1006. Sitzung am 17.12.1998 die wirklich einschneidendste. Zum letzten Mal konnte der Zentralbankrat die Geldpolitik für Deutschland bestimmen. Mit dem 1. Januar 1999 ging die wichtigste Aufgabe des Zentralbankrates an den EZB-Rat über. Die Verabschiedung des Zentralbankrates "in den Ruhestand" und die Neustrukturierung der Bundesbank als einer Nationalen Zentralbank unter zwölfen hat sich über drei Jahre hingezogen. Sie ist aber nur folgerichtig, wenn sie sicherlich auch bei dem einen oder anderen für etwas Wehmut sorgt.

Doch wirklich gewürdigt wird das richtungsweisende Gremium Zentralbankrat nicht dadurch, dass man den vergangenen Zeiten nachtrauert. Es gilt vielmehr, für die Bundesbank und ihren neu zu berufenden Vorstand die erfolgreiche Arbeit des Zentralbankrates in der Europäischen Währungsunion fortzusetzen. Und da braucht es einem um die Zukunft nicht bange zu sein. Denn das Europäische System der Zentralbanken steht auf dem gleichen Fundament wie das westdeutsche Zentralbanksystem: Zweistufigkeit, politische Unabhängigkeit und die Verpflichtung auf Preisstabilität als dem obersten Ziel.

Frage:

Sie sagten eingangs, dass die Bundesbank Dollarreserven aufgelöst und damit den Gewinn der Bundesbank im vergangenen Jahr gesteigert hat. War es nötig, Währungsreserven in dieser Höhe aufzulösen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Dies schien uns im Zuge der Wechselkursentwicklung im vergangenen Jahr opportun. Die Diskussion über die Frage in welcher Höhe das System Reserven benötigt, hatte ja bereits begonnen. Damit mussten wir uns ebenfalls dieser Frage stellen. Wir können Verkäufe allerdings nicht dauerhaft im gleichen Umfang so fortsetzen.

Frage:

Wird es nicht Zeit, dass die Namen der Mitglieder des neuen Bundesbankvorstands bekannt gegeben werden? Immerhin soll er im Mai zum ersten Mal tagen.

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Darüber kann ich keine Auskunft geben. Bei der Auswahl der Mitglieder durch Bundesregierung und Bundesrat wird der Vorstand der Bundesbank nur angehört. Eine Anhörung hat bisher nicht stattgefunden.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Fünf Personen auf diesem Podium sehen dem 30. April mit einer gewissen Gelassenheit entgegen. Es geht aber nicht nur um diese fünf Personen. Präsident Welteke hat sehr deutlich gesagt, dass nun rasch Entscheidungen getroffen werden müssen, um letztlich das Ansehen dieser Institution nicht weiter zu schädigen.

Frage:

Eine Frage zu den öffentlichen Finanzen: In den ersten zwei Monaten dieses Jahres haben sich die Ausgaben mehr als erwartet ausgeweitet. Außerdem sind die Steuereinnahmen zurückgegangen. Ist so eine Haushaltskonsolidierung im Wahljahr möglich, zumal die Inflation schon wieder anzieht?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es gibt keinen Grund, an unserer Position Abstriche zu machen, dass die öffentlichen Haushalten konsolidiert werden müssen. Die Erklärung der Bundesregierung gegenüber der Kommission, dass sie sich bemüht, bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, beruht auf den Annahmen eines deutlich steigenden Wirtschaftswachstums. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Wir hoffen, dass das auch erreicht wird. Argumentativ würden wir die Bundesregierung auch an jeder Stelle unterstützen.

Frage:

Der Ölpreis liegt inzwischen bei 25 Dollar. Anfang des Jahres lag er noch bei 20 Dollar. Die EZB hat in der Vergangenheit öfter gesagt, sie würde auf solche Entwicklungen nicht mechanistisch reagieren. Trifft dies auch im konkreten Fall zu? Eine zweite Frage: Die Inflation liegt jetzt schon seit fast zwei Jahren bei bzw. über 2 %. Offenbar ist Ihr Ziel, die Inflation unter 2 % zu halten, eher die Ausnahme als die Regel. Gibt es dann aber nicht gute Gründe, dieses Limit anzuheben?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die beiden Teile Ihrer Frage beantworten sich gegenseitig: In der 1. Frage unterstellen Sie, dass die EZB auf ölpreisbedingte Preiserhöhungen nicht reagieren sollte, weil diese exogen bedingt sind und mit der Geldpolitik höchstens Zweitrundeneffekte begrenzt werden könnten. Im zweiten Teil Ihrer Frage schlagen Sie vor, unsere Definition von Preisniveaustabilität zu verändern. Darauf könnte man antworten, dass wir dabei bleiben und exogene angebotsseitige Entwicklungen nicht in die Definition von Preisniveaustabilität mit einbeziehen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir die Entwicklung sorgfältig beobachten müssen. Wir sollten aber die Definition der Preisstabilität nicht verändern.

Frage:

Die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank haben im Rahmen des von Ihnen angesprochenen Abkommens seit 1999 ihre Goldbestände reduziert. Entgegen der Befürchtungen ist der Goldpreis nicht gesunken, sondern gestiegen. Sehen Sie vor diesem Hintergrund doch die Möglichkeit, Goldbestände abzubauen und in Aktien umzuwandeln?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Meine persönliche Auffassung dazu habe ich bereits in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht. Entscheidungen über Goldverkäufe der Deutschen Bundesbank müssen künftige Gremien beschließen. Das Goldabkommen läuft erst im September 2004 aus. Richtig ist aus unserer Sicht, dass wir uns möglicherweise die Option eröffnen, in geringem Umfang Goldverkäufe anzumelden und vorzunehmen, wenn das Goldabkommen verlängert wird. Diese Option muss man sich rechtzeitig eröffnen, denn die von Ihnen erwähnten Verkäufe waren angekündigt worden, bevor das Goldabkommen abgeschlossen wurde. Die weiteren damit zusammenhängenden Fragen, z.B. was geschieht mit den Erträgen, die wir in geringem Umfang behalten dürfen, oder wie wirkt sich dies auf die Gewinnausschüttung aus, stehen erst in drei bis vier Jahren an.

Frage:

Halten Sie eine Verlängerung dieses Abkommens für sinnvoll?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das Abkommen hat sich bewährt. Schließlich bestand die Gefahr, dass die Notenbanken unkontrolliert Notenbankgold auf den Markt bringen würden. Dies hätte möglicherweise zu einem drastischen Einbruch des Goldpreises geführt. Darüber hinaus gibt es einige Länder, die nur durch den Export von Gold Exporterlöse erzielen können. Würde der Goldpreis plötzlich drastisch sinken, könnten diese Länder in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Der gesamte Goldbestand der Bundesbank entspricht ungefähr dem weltweiten Jahresbedarf an Gold.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Nur noch einmal zur Klarstellung: Die Verkäufe der vorhin genannten Nationalbanken erfolgte im Rahmen dieses Goldabkommens. Gleichzeitig muss man darauf hinweisen, dass der Goldpreis seit Inkrafttreten dieses Goldabkommens dennoch recht volatil war. Bedingt durch politische Entwicklungen war der Goldpreis mal sehr niedrig, dann mal wieder – wie seit Beginn dieses Jahres in einem Bereich von 300 Dollar pro Feinunze Gold – hoch. Dennoch meine ich, dass das Goldabkommen zu einer gewissen Stabilisierung beigetragen hat. Jetzt ist

erforderlich, dass man im Eurosystem bezüglich Gold aber auch Devisenreserven zu gegebener Zeit zu einer Verständigung kommt.

Frage:

Sind Sie mit dem letztlich doch sehr schnell verabschiedeten Bundesbankgesetz zufrieden? Woran soll die Kreditwirtschaft und der normale Bürger die höhere Effizienz der künftigen Bundesbank messen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich bin sehr zufrieden, dass die Diskussion zu Ende ist. Zu den Inhalten möchte ich nicht weiter Stellung nehmen. Die Unterschiede zwischen meiner Auffassung und dem Gesetz sind bekannt, aber sie sind nach Verabschiedung des Gesetzes irrelevant.

Zur Frage der Effizienz: Nach unserer Gewinn- und Verlustrechnung steht den ungefähr 2 Mrd. Euro Kosten ein Gewinn von 11 Mrd. Euro gegenüber. Wenn es uns gelingt, mittelfristig 10 % des Personals einzusparen, wird diese Einsparung möglicherweise durch Gehalts- und Lohnsteigerungen wieder aufgehoben. Verglichen mit dem ausgewiesenen Gewinn ist diese mögliche Einsparung allerdings auch nicht so erheblich. Wir werden aber sehr deutlich machen, wo es Effizienzsteigerungen in der Bundesbank geben wird: Entscheidend ist vor allen Dingen, dass in den Entscheidungsgremien der Deutschen Bundesbank – die in Zeiten, als die geldpolitische Verantwortung beim Zentralbankrat lag, hervorragend gearbeitet haben – zu viel Doppelarbeit, Langsamkeiten, Abstimmungsschwierigkeiten für die Geschäftsführung der Bundesbank entstanden sind. Künftig werden wir auch einen Teil unserer Dienstleistungen kostengünstiger erbringen können, und davon profitieren die Banken.

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank:

Natürlich gibt es klare betriebswirtschaftliche Kriterien, mit denen die Effizienz gemessen werden kann, z.B. die Kostenrechnung. Der Bürger kann diese Kriterien nicht ohne weiteres erkennen, höchstens, dass manche ausgewiesene Ausgaben möglicherweise langsamer steigen oder vielleicht sogar sinken. Das hängt aber davon ab, wie sich die Geschäftsfelder entwickeln. Der Bürger verfolgt bei einem

Unternehmen den Produktpreis. Das ist bei der Bundesbank in der Regel nicht möglich, da der Bürger keine Produkte von der Bundesbank kauft.

Frage:

Haben Sie sich im Rahmen des EZB-Rates bereits einmal damit beschäftigt, wie hoch die Währungsreserven sein sollten bzw. wie die Gewichtung innerhalb der Währungsreserven sein sollte?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es beginnt eine Diskussion im EZB-System. Die einzelnen nationalen Notenbanken haben sehr unterschiedliche Bilanzstrukturen. Die Frage, wie nun eine einzelne Notenbank mit den Währungsreserven verfährt, muss im Kontext des Europäischen Systems der Zentralbanken berücksichtigt werden. Daher ist die vielfach gestellte Frage, ob eine nationale Notenbank hier allein entscheiden kann, auch berechtigt gewesen.

Frage:

Sie sagten, die Euro-Bargeld-Einführung habe keinen messbaren Einfluss auf die Inflationsrate. Doch an einigen Stellen gibt es durchaus Preiserhöhungen, denken Sie etwa an die Benzinpreissteigerungen. Glauben Sie, dass einige Konzerne die Euro-Bargeldeinführung zu Preiserhöhungen genutzt haben?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir versuchen zusammen mit dem Statistischen Bundesamt herauszufinden, wie die Euro-Bargeld-Umstellung die Preissetzung beeinflusst hat. Dazu brauchen wir aber längere Zeitreihen und etwas mehr Beobachtung, weil der Prozess noch nicht abgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere, wenn Sie den europäischen Vergleich wagen, weil in einigen Ländern mit doppelter Preisauszeichnungspflicht bis zum 1. März die Preisanpassung erst gerade begonnen hat.

Prof. Dr. Hermann Remsperger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank:

Wir untersuchen zusammen mit dem Statistischen Bundesamt eine Fülle von Einzelpreisreihen und versuchen anhand dieser Analysen, Gesamtaussagen zu treffen. Bisher können wir aber nur Aussagen zum Monat Januar machen. Bezogen



auf den Januar haben die höheren Steuern und die Witterung erheblich dazu beigetragen, die Preissteigerungsrate von Dezember auf Januar kräftig steigen zu lassen. Wir haben versucht herauszufinden, wie groß der Anteil gewesen sein könnte, der sich auf die Euro-Bargeld-Einführung zurückführen lässt. Nach unserer bisherigen Untersuchung sind dies allenfalls ein Fünftel dieser gesamten Anpassung. Zugleich ist erkennbar, dass die Einzelpreisreihen erhebliche Streuungen aufweisen. Für uns ist dies ein Zeichen dafür, dass der Preisanpassungsprozess noch längst nicht abgeschlossen ist. Deshalb müssen wir diese Untersuchungen auch entsprechend fortführen. Es ist eine gewisse Tendenz zu erkennen, dass bei dauerhaften Konsumgütern sich weniger bewegt hat als bei Gütern des täglichen Bedarfs. Das könnte auch zu den Diskrepanzen zwischen gemessener Preissteigerungsrate und persönlicher Wahrnehmung führen. Aber ich bitte um Geduld. Wir müssen das weiter untersuchen.

Frage:

Wird sich der neue Vorstand auch im 14-tägigen Rhythmus treffen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es wird natürlich so sein, dass sich der neue Vorstand in regelmäßigen Abständen trifft. Ob das jede Woche oder alle 14 Tage sein wird, hängt von der Notwendigkeit ab. Die Struktur der Arbeit in dem neuen Vorstand kann nur der neue Vorstand selbst festlegen.

Frage:

Meine erste Frage: Wann wird der neue Vorstand zum ersten Mal zusammentreten? Zweitens: Wie war die letzte Zentralbankratssitzung? Wie war die Stimmung und was wurde entschieden? Drittens: Wie steht es mit den Plänen der Bundesbank, einen Teil der Goldreserven in Aktien umzuwandeln? Sollte das Goldabkommen der Zentralbanken verlängert werden?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die letzte Frage muss der neue Vorstand entscheiden, wenn die Zeit dafür reif ist. Wir im Direktorium waren uns einig, dass wir eine Option öffnen müssen, wenn das Goldabkommen verlängert wird. Ich persönlich bin der Meinung, das Washingtoner Goldabkommen sollte verlängert werden. Es hat sich bewährt. Aber wir sollten eine

Option haben, möglicherweise auch Gold zu verkaufen. Das ist im Augenblick im Direktorium zumindest Konsens. Ob der neue Vorstand dies genauso sieht, wird man sehen müssen.

Zu Ihrer Frage nach der letzten Zentralbankratssitzung: Natürlich haben wir noch entschieden. Wir haben den Jahresgewinn festgestellt und auch noch ein paar kleinere andere Entscheidungen getroffen. Ich hatte den Eindruck, seit das Bundesbankänderungsgesetz verabschiedet wurde, hat sich die Stimmung im Zentralbankrat gelöst. Denn die Meinungsverschiedenheiten, die wir über die Bundesbankstruktur hatten, spielten überhaupt keine Rolle mehr. Vielmehr hat sich eine Aufbruchstimmung durchgesetzt. Heute Abend habe ich den Zentralbankrat zu einem Abendessen eingeladen, um nicht ganz so unförmlich auseinanderzugehen.

Erste Vorstandssitzung: Dies hängt zunächst einmal davon ab, wann der neue Vorstand im Amt ist. Ich hoffe, dass dies bis zum 1. Mai gelingt. Nach der Berufung sind einige formale Prozeduren zu beachten: Einvernehmen, Benehmen, Verträge und Urkunden. Wenn alles hinter uns liegt, würde ich die neuen Vorstandsmitgliedern am 1. Mai nachmittags nach Frankfurt einladen, damit sie ihre neuen Urkunden in die Hand nehmen können.

Frage:

Herr Stark, könnten Sie noch einmal auf die Dollarverkäufe der Bundesbank im letzten Jahr zurückkommen? Waren diese Beträge die höchsten Dollarverkäufe der Bundesbank in einem Jahr überhaupt? Wie gestaltete sich der Verkauf:

kontinuierlich oder wurden große Beträge auf einmal verkauft?

Und noch eine Frage an Herrn Fabritius bezüglich der Effizienz. Kann man die Effizienz der Bundesbank nicht an der anderer Zentralbanken messen?

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Die Vermutung, dass an bestimmten Tagen sehr hohe Beträge von Seiten der Bundesbank an Dollarbeständen verkauft worden sind, ist nicht zutreffend. Wie es Herr Welteke gesagt hat, erschien es uns aufgrund der Marktlage mit einem hohen Dollarkurs oder einem niedrigen Eurokurs angemessen, kontinuierlich und in Übereinstimmung mit dem Eurosystem diesen Betrag am Markt abzugeben. Es hat

in früheren Jahren ähnliche Prozesse gegeben, doch dieser Betrag von 7,4 Milliarden ist wohl einmalig.

Frage:

Wie hoch war der Betrag im letzten Jahr?

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Es waren ungefähr drei Milliarden. Wir haben schon ab dem Jahr 2000 unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Medien mit der Strategie der kontinuierlichen Hereingabe von Dollar in den Markt begonnen.

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank:

Um auf Ihre Frage nach der Effizienz der Bundesbank zurückzukommen: Diese wird wie bei anderen öffentlichen Institutionen, beeinflusst durch vorgegebene Strukturen. Das war in der Vergangenheit so und das wird auch in der Zukunft so sein. Die Struktur der Bundesbank als solche hat sich ja durch Gesetz geändert. Es gibt jetzt andere Möglichkeiten die betriebswirtschaftliche Effizienz zu steigern. Schon im Vorfeld der Änderung des Bundesbankgesetzes sind wir auf einem kostenträchtigen Feld einen Schritt nach vorn gegangen. Für den Bereich Informationstechnologie hat der Zentralbankrat schon im letzten Jahr beschlossen, zu einer höheren Effizienz zu kommen und Maßnahmen einzuleiten, die das letztlich konkretisieren. Dass wir bei unseren Bemühungen effizient zu sein, auch über die Grenzen Europas und darüber hinaus schauen, versteht sich von selbst.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Herr Dr. Fabritius hat vorhin den Begriff schon genannt, aber ich glaube, es ist wichtig zu wissen, dass wir erstmals in diesem Jahr 2002 eine Plankostenrechnung für die Gesamtbank haben. Das hat es bisher so nicht gegeben. Immer waren es zehn verschiedene Bereiche, die jeweils für sich ihre Plankostenrechnungen erstellt haben. Diese haben wir dann zusammengeführt. Wir haben den Prozess der Effizienzsteigerung, auch mit Blick auf die neue Struktur, also schon früher gestartet.

Frage:

Wie heute morgen der Presse zu entnehmen war, existiert ein Brief des englischen und des deutschen Finanzministers an den Präsidenten des Ecofin-Rates zur Schaffung einer europäischen Finanzaufsicht. Herr Welteke, können Sie dazu Stellung nehmen?

Eine weitere Frage habe ich an Herrn Dr. Stark. Sie haben im Zusammenhang mit dem Verkauf von Währungsreserven gesagt, im Eurosystem müsse man sich zu gegebener Zeit verständigen. Bezieht sich diese Aussage auf die Verlängerung des Goldabkommens, oder darauf wie hoch die Währungsreserven des Eurosystems insgesamt sein sollen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zu Ihrer ersten Frage nach dem gemeinsamen Brief der beiden Finanzminister. Ich habe dies heute morgen der Medienberichterstattung entnommen. Bisher habe ich mit dem Minister darüber noch nicht reden können. Wir haben ihn kontinuierlich darüber informiert, welche Vorstellungen der Rat der Europäischen Zentralbank darüber hat. Im EZB-Rat herrscht Übereinstimmung, das "Banking Supervision Committee" in seinen Aufgaben zu stärken. Denn nur in diesem Komitee sind alle Notenbanken und alle Aufsichtsorgane durch handlungsbefugte Personen vertreten. Und gerade im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 hat sich gezeigt, wie hilfreich eine solche Institution wie das Banking Supervision Committee sein kann.

Hintergrund für diesen Brief könnten Berichte einer Arbeitsgruppe sein, die in den vergangenen Jahren im Auftrag der Finanzminister versucht hat, die Aufsichtslücken in Europa zu identifizieren. Die in diesen Berichten aufgezeichneten Lücken ließen sich durch einen Auftrag an das Banking Supervision Committee leicht schließen. So bräuchte man nicht über eine neue Institution nachzudenken. Nach meiner Auffassung ist die Zeit für eine Europäische Allfinanzaufsicht noch nicht reif. Vielmehr sollte man vor der Schaffung neuer Gremien oder Institutionen darauf achten, die schon bestehenden besser zu nutzen und ggf. ihre Aufgabengestaltung etwas ausweiten. Mehr kann ich dazu im Augenblick nicht sagen.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Zu Ihrer Frage an mich: Die Bundesbank ist integraler Bestandteil des Europäischen System der Zentralbanken. Deshalb lässt sich auch über die Höhe der Währungsreserven nicht mehr isoliert nur für die Deutsche Bundesbank diskutieren. Eine solche Debatte muss im Eurosystem geführt werden. Dies gilt sowohl für den Umfang wie für die Struktur der Währungsreserven.

Edgar Meister, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank:

Noch zwei ergänzende Anmerkungen zur Frage: Was wird in Oviedo besprochen? Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass die Lücken in der Bankenaufsicht in Europa nicht im institutionellen Bereich bestehen, sondern in der Kooperation, Koordination und bei den Informationsstrukturen. Es geht hier um die stärkere Einbeziehung der Zentralbanken aufgrund der bestehenden systemischen Risiken, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Es muss gesichert werden, dass bestimmte Informationen nicht an der EZB vorbeilaufen. Der zweite Punkt: Die ersten beiden Berichte der Arbeitsgruppe im Auftrag der Finanzminister, die Herr Brower leitet, und die sich mit den Themen "Financial Stability" und "Crisis Prevention" befassen, decken nicht die Initiative der Bundesregierung und von Großbritannien ab. Insofern ist eine interessante Diskussion zu erwarten.

Frage:

Wie sehen Sie die Konjunktorentwicklung in Deutschland? Sehen Sie Konjunkturrisiken für die Preisentwicklung?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Der Hinweis auf die Ölpreisentwicklung ist ja schon erfolgt. Ausgehend von höheren Wachstumserwartungen und den Problemen im Nahen Osten ist der Ölpreis innerhalb eines Monats um ungefähr 25 % angestiegen. Die Ergebnisse der Lohnverhandlungen in der deutschen Metallindustrie sind noch nicht abzusehen. Das Angebot der Arbeitgeber liegt bei 2 %, die Forderung bei der IG Metall bei 6,5 %. Hinsichtlich der US-amerikanischen Konjunktorentwicklung haben wir es in den USA mit erheblichen Ungleichgewichten zu tun. Ich verweise u. a. auf die hohe Verschuldung von privaten Haushalten und von Unternehmen und auf das Zahlungsbilanzungleichgewicht. Es gibt eine Tendenz zur Überbewertung von amerikanischen Unternehmen an den Märkten. Hinzu kommt die Unsicherheit, die

im Zusammenhang mit dem Enron-Fall aufgetreten ist. Für die deutsche Konjunktur sind Stabilisierungstendenzen zu erkennen. Wie sich dies in den Wachstumsraten niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Frage:

Angesichts dieser Risiken wäre nicht bald eine Anhebung der Leitzinsen durch den EZB-Rat angemessen? Wäre es nicht ratsam für den EZB-Rat, bald klare Signale über die Richtung zu geben? Vielleicht sollte der EZB-Rat dazu sogar die Zinsführerschaft übernehmen. Oder wartet man dazu erst das G-7-Treffen in einigen Tagen ab?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird in wenigen Tagen den neuen "World Economic Outlook" vorlegen. Ich gehe im Augenblick nicht davon aus, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung vom IWF schlechter eingeschätzt wird, als das in der Dezember-Veröffentlichung der Fall war.

Ich möchte Sie aber noch einmal darauf hinweisen, dass die Zinspolitik im EZB-Rat entschieden wird und nicht auf anderen internationalen Zusammenkünften, auch wenn diese zeitlich sehr nahe beieinander liegen.

Was den anderen Punkt angeht, müssen wir abwarten, wie sich der Ölpreis entwickelt. Wenn der Ölpreis auf diesem Niveau bleibt, hätte er Einfluss auf die Konjunktur- und Preisentwicklung. Doch das sollten wir zunächst sehr sorgfältig beobachten.

Frage:

Herr Welteke, zur Zeit erlebt Deutschland eine beispiellose Pleitewelle. Gleichzeitig nehmen die Zweifel zu, dass die von Wirtschaftsprüfern ermittelten Zahlen stichhaltig sind. Herrscht in der Bundesbank Besorgnis, dass einzelne Banken oder sogar das gesamte Bankensystem in Schwierigkeiten kommen könnten? Müssen nicht Konsequenzen daraus gezogen werden, dass die Wirtschaftsprüfer nicht immer ganz verlässliche Zahlen liefern?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das Enron-Debakel in den USA hat eine heftige Diskussion über die "lessons to be learned" ausgelöst. Dabei sollte man immer beachten, dass hier eben auch kriminelle Machenschaften im Spiel waren. So etwas lässt sich auch durch die beste Aufsicht und das beste Regelwerk nie gänzlich verhindern. Nichtsdestotrotz müssen daraus Schlussfolgerungen gezogen werden. Denn eine Jahresabschlussprüfung reicht offensichtlich nicht aus, um Insolvenztendenzen frühzeitig zu erkennen. Dies sollte Konsequenzen auch für die Rechnungslegung haben.

Was den anderen Teil Ihrer Frage angeht, so stehen die Banken in der Bundesrepublik Deutschland auch ohne diese Häufung von Konkursen zurzeit vor erheblichen Strukturproblemen. Dies soll nicht heißen, dass die Ertragslage der Banken in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich deshalb schlecht ist. Wir haben hierzulande im Bankensektor einen hohen Wettbewerb. Dies schlägt sich eben auch in der Ertragslage der Banken nieder. Doch hoher Wettbewerbsdruck mag auf der anderen Seite auch ein Vorteil sein, insofern, als eine einzelne Bank für die Stabilität des gesamten Systems nicht so relevant ist. Das soll nicht heißen, dass in der Bundesrepublik eine Bankenkrise völlig ausgeschlossen ist. Ich habe schon vor einigen Wochen darauf hingewiesen, dass die Banken in Deutschland von den Kostenstrukturen her die Notwendigkeit haben, sich zu verändern. Und darüber hinaus gibt ja auch noch andere Entscheidungen, die ganz erheblich auf die Strukturen der deutschen Bankenlandschaft einwirken werden.

Edgar Meister, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank:

Ich glaube, es gibt keine Alternative dazu, auch künftig Wirtschaftsprüfer den Jahresabschluss prüfen zu lassen. Sicherlich werden die Wirtschaftsprüfer durch die Ereignisse der letzten Monate hinzulernen. Allerdings wird sich mit der Einführung von Basel II und den darin vorgesehenen "On-Site-Inspections" eine andere Qualität der Prüfung geben. Darüber hinaus werden dann durch die Bundesanstalt und die Bundesbank hier spezielle Risikoprüfungen vorgenommen, die auch in kürzeren Abständen erfolgen werden. Zur Zeit stellen wir Überlegungen an, in welcher Weise man sehr kurzfristig bessere Unterlagen und Informationen über die Ertragsentwicklungen bekommt. Es wird also hier auch qualitative

Veränderungen geben und geben müssen. Dieses soll auch schon vor dem Inkrafttreten von Basel II Stück für Stück eingeführt werden.